

Biologische Vielfalt, ein Welterbe



Ein Landarbeiter bearbeitet mit der Spitzhacke verdorrtes Ackerland bei Chongqing in China. Der Kampf um fruchtbare Erde wird weltweit längst ungleich geführt zwischen Großkonzernen und Kleinbauern.

Fotos: rtr/Mark Johnston

VON ISABEL LAUER

Hunger und Fettleibigkeit, Lebensmittel-Spekulation und Klimawandel: Ist die Welternährung noch zu retten? Der „Nürnberger Konvent für das Menschenrecht auf Nahrung“ hat Verbesserungen vorgeschlagen.

Mit einem Appell an die nationale und internationale Politik ist die zweitägige Konferenz zu Ende gegangen. Die „Nürnberger Erklärung“ ist zunächst nicht mehr als ein zweiseitiges Papier mit vier Forderungen. Die vielen folgenden Fußnoten ausgeblendet, lauten sie: freie Verfügbarkeit über Saatgut, Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft, keine gentechnisch veränderten Nahrungs- und Futtermittel mehr, verpflichtende Politik im Sinne des Menschenrechts auf Nahrung.

Rund 100 Menschen haben die Agenda im Caritas-Pirckheimer-Haus verabschiedet. Kein Mainstream-Thema also, aber ein guter Anfang, wie Peter Pluschke feststellt. Nürnbergs Umweltreferent war Mitinitiator in dem Bündnis aus sieben städtischen, kirchlichen und weltlichen Veranstaltern. Die Teilnehmer könnten die Erklärung nun in ihrem Umfeld verbreiten. Pluschke will das etwa im europäischen Biostädte-Netzwerk tun. Das Umfeld reicht bei der UN-Sonderberichterstatterin Hilal Elver (die NZ berichtete) immerhin bis in Gremien der Vereinten Nationen. Andere Unterzeichner haben gleich im Juni den G7-Gipfel in Oberbayern im Auge.

Hinter der Veranstaltung steht die Sorge von Natur- und Menschenrechtsschützern vor Machtkonzentrationen in der Land- und Nahrungsmittelwirtschaft. Auf dem Feld und im Stall, so die Kritik, lassen industrialisierte Prozesse die biologische Vielfalt schrumpfen. Wenige große Chemiekonzerne halten Patente an immer mehr Saatgut. Firmen begrenzen dessen Lebensdauer und Stabilität, um mehr Samen und Pestizide zu verkaufen. Kleinbauern, die laut UN-



Öko-Aktivistin Vandana Shiva

Organisation FAO weltweit 70 Prozent aller Lebensmittel herstellen, geraten ins Hintertreffen. Die Folgen treffen vor allem Entwicklungsländer: Landflucht, Bodenverödung, Verarmung. Über den globalen Handel kämen die Probleme auch nach Europa, sagte Oberbürgermeister Ulrich Maly. Das merke man nicht nur am faden Geschmack von Supermarktpfeln. Mit der „Kraft unseres Geldes“ zerstörten Verbraucher und Handelsmächte im Westen jahrhundertealte Gleichgewichte in anderen Teilen der Welt. Bei einem Diskussionsabend im Rathausaal bekräftigte Maly vor 150 Zuhörern: „Biologische Vielfalt ist ein Welterbe. Sie gehört allen und ist das Gegenteil von Privatisierung und uniformer, industrieller Produktion.“

Im charismatischen Stil, für den sie als prominente Aktivistin weltweit

gebucht wird, führte Vandana Shiva die Diagnose aus. „Biodiversität ernährt die Welt“, sagte die indische Kämpferin für Bio-Landwirtschaft. „Die Agrarindustrie tut es nicht.“ Diese produziere weniger Nährwert, leiste durch hohen Wasserverbrauch Dürren Vorschub, enteigne Selbstversorger. Dass die mechanistischen Heilsversprechen der „Grünen Revolution“ ein Irrglaube sind, sage ihr als Quantenphysikerin die Erfahrung mit Naturgesetzen. Chemiegestützte Monokulturen trieben Kleinbauern massenhaft in Überschuldung und Selbstmord, berichtete sie aus ihrer Heimat. Wer Vielfalt töte, töte auch die Demokratie, sagte Shiva.

„Wir können sogar neun Milliarden ernähren“, pflichtete UN-Expertin Elver bei. „Wir haben nur die falsche Agrarpolitik.“ Sätze, die Hubert Weiger, Chef des Bunds für Umwelt und Naturschutz, für Bayern und Deutschland vehement-ironisch bestätigte. „Im Moment verfolgen wir das Ziel, die Welt weiter möglichst billig auszubeten.“ Dabei sei Verbrauchertäuschung ein Kernproblem. Staatssekretär Thomas Silberhorn aus dem Bundesentwicklungsministerium hatte vor den institutionenkritischen Teilen des Publikums einen schweren Stand mit seinen Sachbeiträgen.

Landwirtschaft und Politik, von den Grünen abgesehen, waren bei der Tagung auffallend spärlich vertreten. Die Organisatoren denken daher über Folgeveranstaltungen nach.

Die Erklärung zum Unterzeichnen: www.menschenrechtaufahrung.org